

2079/AB XXI.GP
Eingelangt am:08.05.2001

BUNDESMINISTERRIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2228/J betreffend schwere Menschenrechtsverletzungen im Sudan aufgrund von Ölgeschäften der OMV, welche die Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde, am 28.03.2001 an mich richteten, teile ich mit, dass sämtliche Anfragen keine Angelegenheit der Vollziehung des Bundesministers für Wirtschaft und Angelegenheit betreffen. Soweit Aspekte der Eigentümerversammlung angesprochen sind, wird auf die Zuständigkeit des Bundesministers für Finanzen verwiesen.